

FLUCHT AUF LEBEN UND TOD ...

**Die Fluchtkatastrophen der Reichs- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa 1944/45
Band V/02**

Widmung und Danksagung

>>Das Umhaun der Alleen geht schnell vonstatten. Man läßt uns nicht einmal der Väter Schatten.<< (Friedrich Haug)

Diese Dokumentation ist meiner Mutter Elisabeth gewidmet, die im Jahre 1946 aus ihrer schlesischen Heimat in Ludwigsdorf, Kreis Hirschberg, vertrieben wurde, und soll an alle Reichs- und Volksdeutschen erinnern, die den Fluchtkatastrophen in den Jahren 1944/45 zum Opfer fielen.

Mein Dank gilt

allen Zeitzeugen und Historikern, die diese Dokumentation überhaupt erst ermöglichten. Ihre wahrheitsgetreuen Erlebnisberichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß diese Tragödie der Deutschen niemals in Vergessenheit geraten wird. Ich danke außerdem dem Bundesarchiv Koblenz für die Erlaubnis, in dieser Doku-Reihe aus den Dokumentationen "Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" sowie "Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948" zu zitieren.

Diese Dokumentation ist besonders meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

>>Weisheit erwerben ist besser als Gold und Einsicht erwerben edler als Silber.<< (Sprüche 16, 16)

In diesem Dokumentarbericht über die Fluchtkatastrophen in den Jahren 1944/45 geht es um die Erinnerung an Tatsachen.

Für die meisten Deutschen ist es sicherlich erstaunlich, aber diese Katastrophen der Reichs- und Volksdeutschen gehören zweifelsfrei zu den bestdokumentierten Episoden der deutschen Geschichte. Das Bundesarchiv Koblenz verfügt z.B. nach jahrzehntelanger Sammlungstätigkeit über außergewöhnlich reichhaltige "Ostdokumentationen". Diese Archivalien sind sowohl quantitativ als auch qualitativ einzigartige Quellen.

Im Jahre 1950 beauftragte die deutsche Bundesregierung bekannte Historiker, die Flucht und Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen wahrheitsgemäß und ausführlich für die Nachwelt aufzuarbeiten. Das Gesamtwerk wurde schließlich in den Jahren 1954-61 fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben. Diese amtliche "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" war im Jahre 1984 erstmalig im Deutschen Taschenbuch Verlag (dtv; München) erhältlich und umfaßt insgesamt 8 Bände.

Wer diese erschütternden Dokumente gelesen hat, wird sicherlich verstehen, warum die deutsche Bundesregierung erst nach 30 Jahren einer (unfreiwilligen) Veröffentlichung zustimmte.

Um die Fluchtkatastrophen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa realistisch darzustellen, wurden die Ereignisse durch amtliche Dokumentationen, Erlebnisberichte der unmittelbar Betroffenen und durch historische Publikationen ergänzt. Die einleitenden Dokumentationen des Bundesministeriums für Vertriebene sollen zunächst einen Überblick über die damalige Situation vermitteln. Die tragischen Ereignisse wurden nach bestem Wissen und Gewissen schlicht und sachlich geschildert, wie sie damals wirklich geschehen sind. Besonders grauenvolle Schilderungen wurden grundsätzlich nicht berücksichtigt, denn die Erlebnisberichte über "normale Gewalttaten" waren schon schlimm genug.

Vor allem die jüngere Generation sollte sich unbedingt über die Tragödie der Ost- und Volksdeutschen informieren, denn nur wer die Geschichte seiner Vorfahren bzw. seines Volkes kennt, steht fest in der Gegenwart und kann die Erhaltung des Friedens und der Freiheit schützen, damit sich ähnliche Katastrophen niemals wiederholen.

In der Einleitung der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1" heißt es (x001/I-XI): >>VORWORT

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten ist ein Ereignis, dessen volle geschichtliche Tragweite sich heute noch einem Urteil entzieht.

Mag man es als Schlußakt eines Krieges betrachten, in dem die geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze des Nationen- und Staatenverkehrs tausendfach verletzt und die Vernichtung ganzer Völker nicht nur als Ziel verkündet sondern in der Tat begonnen worden war; oder mag man es als die Endphase eines fast anderthalb Jahrhunderte tobenden immer erbitterten Nationalitätenkampfes in der Völkermischzone Europas ansehen; in jedem Falle lassen uns die geläufigen Maßstäbe der europäischen Geschichte im Stich.

Es belastet die Erinnerung von Millionen, die das Schicksal der Heimatlosigkeit zu tragen haben, und ist darin noch ganz Gegenwart, daß es soziale, bevölkerungsmäßige, politische Bewegungen ausgelöst hat, die noch längst nicht ausgelaufen sind.

Ein solches Phänomen scheint für eine wissenschaftliche Behandlung, die sich nur von unbestechlicher Wahrheitsliebe und nicht von dem Willen zur Anklage oder zur Rechtfertigung leiten läßt, noch kaum zugänglich.

Wenn dieser Versuch hier doch schon unternommen wird - und zwar mit vollem Ernst und im ganzen Wissen um die Schwierigkeit der Aufgabe -, so geschieht dies in der Sorge, Geschehnisse von der furchtbaren Größe der Massenausreibung könnten in Vergessenheit fallen, die abschreckenden und aufrüttelnden Erfahrungen aus dieser europäischen Katastrophe könnten für die Staatsmänner und Politiker, denen ein glücklicheres Europa zu schaffen aufgetragen ist, verloren gehen.

Kaum ein Aktenstück gibt der Nachwelt von den ungeheuerlichen Vorgängen im Osten Europas am Ende des zweiten Weltkriegs authentische Kunde; die Opfer dieser Katastrophe haben keine amtlichen Berichte verfaßt und keinen Dienstweg einhalten können.

Sie würden für die Nachwelt stumm, wenn ihnen nicht Gelegenheit geboten würde, ihre Erlebnisse aus dem Gedächtnis niederzuschreiben oder sie zu Protokoll zu geben. Aus diesen Überlegungen erwuchs der vom Bundesministerium für Vertriebene geförderte Plan, die Lücken der geschichtlichen Überlieferung durch eine Dokumentation auszufüllen, in der das Schicksal von Tausenden und Millionen seinen Ausdruck finden soll.

Zu diesem Zweck wurde eine Sammelaktion eingeleitet, die für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie unter der Leitung von Hans von Spaeth-Meyken, für das Sudetenland von Dr. Wilhelm Turnwald, für Südosteuropa von Professor Dr. Fritz Valjavec durchgeführt wurde.

Die Ziele dieser Sammlung konnten nur dadurch erreicht werden, daß Zeugnisse von Miterlebenden nach einem System gesammelt wurden, das nach gebiets- und bevölkerungsmäßiger Dichte wie nach Ereignisschwerpunkten ein für den Gesamtvorgang der Vertreibung in allen Räumen des Ostens repräsentatives Ergebnis erwarten ließ.

Entscheidend war dabei, ob es gelingen konnte, alle die Menschen zum Sprechen zu bringen, die nicht nur die Erinnerung an ihre Erlebnisse bewahrt hatten, sondern auch das richtige Wort fanden, sie wiederzugeben. Nur selten konnte auf Niederschriften (Briefe, Tagebücher) zurückgegriffen werden, deren Abfassungsdatum mit den Ereignissen selbst zusammenfiel; in den meisten Fällen lagen diese Jahre zurück. Jedoch zeigte sich das Erstaunliche, daß, wo nur immer die Ausdrucksfähigkeit stärker entwickelt war, auch nach diesem längeren Zeitraum noch die Kraft zur Aussage und zur wahrheitsgetreuen Wiedergabe erhalten blieb.

Mögen sich Einzelzüge im Erinnerungsbild verwischt haben, das Wesentliche ging nicht verloren; dazu hatten sich die Erlebnisse in ihrer Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit zu stark eingepreßt. Und eben diese Erfahrung rechtfertigte nach den ersten Versuchen ein Unternehmen, das auf die Sammlung nachträglich verfaßter Erinnerungsberichte gerichtet war.

Es erwies sich dabei, daß an dieses Material eine Reihe methodischer Vorfragen zu stellen war, daß es kritischer Sichtung und einer Einordnung in objektiv gesicherte Zusammenhänge bedurfte. Damit mußte unzweifelhaft wissenschaftliches Neuland betreten werden. So entstand im Bundesministerium für Vertriebene durch die Initiative von Bundesminister Dr. H. Lukaschek und Staatssekretär Dr. O. Schreiber der Gedanke, mit den damit gesetzten Aufgaben eine wissenschaftliche Kommission zu betrauen, der volle Freiheit und Unabhängigkeit des Urteils und der Entscheidung gewährleistet wurde.

Sie wurde im Herbst 1951 aus den Unterzeichneten gebildet, wobei der Erstunterzeichnete, beraten durch die anderen Mitglieder, die Leitung der Arbeiten übernahm. In regelmäßigen Sitzungen sind die Methoden der Arbeit geklärt und alle aus dem eingehenden Material sich ergebenden Fragen besprochen worden.

Da das überwiegend aus Erlebnisberichten und zu einem geringen Teil aus Protokollen, privaten Briefen, Tagbüchern und einigen amtlichen Schriftstücken bestehende Material seinem historischen Quellencharakter nach teilweise erheblich von sonst üblichen historischen Quellen abweicht und bezüglich seiner Zuverlässigkeit zunächst als problematisch gelten mußte, war ein besonders sorgfältiges, dem eigenartigen Charakter der Quellen angemessenes Verfahren der Überprüfung und Auswahl notwendig, um zur Ermittlung eines sowohl quellenkri-

tisch unanfechtbaren als auch inhaltlich und formal zur Veröffentlichung geeigneten und brauchbaren Bestandes von Dokumenten zu gelangen.

Hierbei ergab sich z.B., daß mit dem Nachweis der Echtheit der Dokumente (Authentifizierung) noch wenig gewonnen war; denn eher als bewußte Fälschungen waren fehlerhafte oder übertreibende Einzelangaben und Unsachlichkeiten zu befürchten, die teils aus Schwächen oder Trugbildern der Erinnerung, teils aus der Leidenschaftlichkeit und Gefühlsbestimmtheit herrühren mochten, von der sich nicht alle Berichterstatter freimachen konnten.

Um alle Erscheinungen einer solchen anfechtbaren Berichterstattung auszuschließen, wurden - soweit dies irgend möglich war - zu den wichtigsten in den Berichten enthaltenen Angaben jeweils Bestätigungen in anderen Berichten nachgesucht und auf diese Weise die Richtigkeit der Angaben durch gegenseitigen Vergleich der Dokumente geprüft.

Dort, wo es sich um die Wiedergabe ganz persönlicher und individueller Erlebnisse oder um sonstige Ereignisse handelte, die sich einer Nachprüfung durch Vergleich mit anderen Dokumenten entzogen, mußte an die Stelle objektiver Verifizierung die Ermittlung der Glaubwürdigkeit treten, die aus bestimmten inneren Indizien ersichtlich ist, wie Sachlichkeit der Ausführungen, innere Widerspruchsfreiheit, Abgewogenheit der Urteile oder andererseits Neigung zur Polemik, zur Übertreibung und Verallgemeinerung oder zur Ausschmückung.

Im Interesse absoluter Sauberkeit bei der Auswahl der zur Veröffentlichung bestimmten Berichte wurden dort, wo nach den Richtlinien des Prüfungsverfahrens nicht in allen Punkten Zuverlässigkeit herrschte, nicht nur die anfechtbaren Stellen sondern prinzipiell jeweils die gesamten Berichte ausgeschieden, da sie auf Grund einzelner Mängel auch in ihren anderen Teilen nicht mehr als voll glaubwürdig gelten konnten.

Nachdem durch die Authentifizierung und Verifizierung alles hinsichtlich der Echtheit und Glaubwürdigkeit anfechtbare Material ausgeschieden war, mußte zur Feststellung der positiven Qualifikation der Dokumente ihre inhaltliche Brauchbarkeit, d.h. ihr Aussagewert und die Wichtigkeit der einzelnen Schilderungen und Angaben für eine historische Erfassung des Vertreibungsvorganges überprüft werden.

Es kam hierbei nicht darauf an, Berichte mit besonderen literarischen Qualitäten herauszufinden, ausschlaggebend war vielmehr die Unmittelbarkeit und Anschaulichkeit der Darstellung. Auch unbeholfene Schilderungen sind deshalb nicht ausgeschieden worden, sofern die Konkretisierung einzelner Begebenheiten und die Deutlichkeit im Ausdruck nicht in Mitleidenschaft gezogen waren.

Da es nicht in der Absicht der Wissenschaftlichen Kommission liegt, einzelne aus dem Zusammenhang herausgeloste Fakten darzustellen oder gar eine Sammlung von Belegen über Ausschreitungen und Greuel zu veröffentlichen, sondern es ihr darum geht, den Gesamtvorgang der Vertreibung in historischer Treue zu erfassen, d.h. in allen seinen zeitlichen Abschnitten, örtlichen Bedingtheiten und der Vielzahl der dabei auftretenden Erscheinungen und Begleitumstände, mußten zunächst alle Berichte als ungeeignet abgewiesen werden, die sich entweder in summarischen Feststellungen erschöpften, durch allzu emotionale Betrachtungen die Wiedergabe der Geschehnisse trübten oder sich auf die isolierte Betrachtung besonders schwerer Übergriffe und Schicksalsschläge beschränkten.

Nur solche Berichte kamen für eine Publizierung in Frage, bei denen konkrete, sich auf Zeit- und Ortsangaben stützende Schilderungen der Erlebnisse vorlagen, die sich möglichst kontinuierlich auf die gesamte Zeit und die wesentlichsten Ereignisse der Vertreibung erstreckten und somit eine wirkliche Wiedergabe des Vertreibungsprozesses darstellten.

Liegt schon ganz allgemein bei der Publikation von historischen Quellenzeugnissen zur modernen Geschichte das eigentliche Problem in ihrer erdrückenden Masse, so wurde dies in besonderer Weise bei dem hier zur Bearbeitung vorliegenden, mehrere Tausende von Berichten zählenden Material spürbar, das durch die Massen der Vertriebenen selbst geliefert wor-

den war und einen Vorgang betrifft, bei dem selbst Massen mit jeweils individuellem Schicksal beteiligt gewesen waren.

So wenig sinnvoll eine Veröffentlichung des gesamten auch nach der Ausscheidung seiner anfechtbaren und unbrauchbaren Bestandteile noch viel zu umfangreichen Materials war, so mußte doch versucht werden, die Vielzahl individueller, örtlicher und zeitlicher Verschiedenheiten, die dieses Massenschicksal kennzeichneten, zum Ausdruck zu bringen.

Zu diesem Zweck ist aus der Fülle der Dokumente eine Auswahl getroffen worden, die als repräsentativ für alle Landschaften, Bevölkerungsgruppen, Vorgänge und Schicksale gelten konnte. Diese Auswahl war nicht in jedem Falle einfach, wenn sie auch dadurch erleichtert wurde, daß die vorhergegangene Sammlung ihre Ergebnisse nicht dem Zufall verdankte sondern systematisch angelegt war. So galt es, immer jeweils das beste Zeugnis, die beste Aussage zu finden und dennoch Sorge zu tragen, daß nicht etwa durch den Grundsatz der qualitätsmäßigen Auslese der Grundsatz der möglichst vollständigen Bezeugung aller Vorgänge in den Hintergrund gedrängt wurde.

Das bedeutet, daß manchmal Berichte herangezogen werden mußten, die in ihrem Wert hinter anderen wesentlich zurückstehen, wenn sie nur die einzige Quelle für ein bestimmtes Ereignis darstellten. Es ist zu hoffen, daß in einer späteren Auflage solche Stücke durch bessere ersetzt, anderswo Lücken ergänzt werden können.

Neben den Richtlinien für die Auswahl der Dokumente mußte auch die bei jeder Dokumentenpublikation so wichtige Frage der Anordnung und Verarbeitung sehr sorgsam erwogen werden. Es kam darauf an, ohne gegen das Prinzip der Integrität der Dokumente zu verstoßen, die Berichte systematisch so anzuordnen, daß die Hauptphasen des Vertreibungsprozesses in der Abfolge der Berichte als geschlossene Abschnitte hervortreten und innerhalb dieser Abschnitte wiederum diejenigen Berichte in besonderen Gruppen zusammenstehen, die von Ereignissen handeln, welche sachlich, örtlich und ihrer zeitlichen Kontinuität nach zusammengehören und sich gegenseitig bestätigen oder ergänzen.

Eine solche dem Gesamtvorgang der Vertreibung in seinem Verlauf und in seiner gebietsmäßigen Verschiedenheit widerspiegelnde Anordnung war unerläßlich, sollte die Vielzahl der teilweise sehr umfangreichen Berichte sich nicht in ein unüberschaubares Nebeneinander verlieren und zu ermüdender Wiederholung führen.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus hat sich die Wissenschaftliche Kommission dazu entschlossen, auch der Kürzung oder Teilung von Berichten zuzustimmen, wenn dies die einzige Möglichkeit war, sachlich Zusammengehöriges in übersichtlicher Weise anzuordnen.

Überall dort, wo aus Gründen der Anordnung Auslassungen von größeren Partien oder eine Zerschneidung von Dokumenten vorgenommen wurde, ist dies jedoch mit Hilfe besonderer, durch Kursivdruck hervorgehobener Überleitungstexte kenntlich gemacht worden, die jeweils eine kurze inhaltliche Charakterisierung der ausgelassenen Stellen enthalten oder durch Anmerkungen auf den Ort innerhalb der Dokumentation verweisen, wo sich der abgetrennte Teil eines Berichts vorfindet. Nur völlig unerhebliche Auslassungen weniger Worte sind lediglich durch Punkte markiert worden.

Der ursprüngliche Charakter und die Einheit der Erlebnisberichte wurden somit trotz gelegentlicher Kürzungen und Zerlegungen keineswegs entstellt, zumal jede Sorgfalt angewandt wurde, um Auslassungen des Originaltextes auf ein Mindestmaß herabzudrücken. So sind mitunter auch einzelne sehr subjektive Äußerungen nicht angetastet worden, selbst da, wo es sich um leidenschaftliche und einseitige Urteile handelt, wenn nur durch sie der objektive historische Gehalt der betreffenden Dokumente nicht in Frage gestellt wurde.

Auch Stileigentümlichkeiten sind nirgends verbessert worden, und selbst bei der im allgemeinen durchgeführten Korrektur orthographischer Fehler wurde dort haltgemacht, wo diese in ihrer unverfälschten Unmittelbarkeit selbst Aussagewert gewinnen. Absichtlich ist beim Ab-

druck der Dokumente mit äußerster wissenschaftlicher Akribie verfahren worden.

Obwohl es sich bei den vorliegenden Quellen nicht um aktenmäßige, urkundliche Zeugnisse handelt, sondern um "Gedächtnisprotokolle", denen man den Gelegenheitscharakter ihrer Entstehung zuweilen anmerkt, wurden sie doch in der Art ihrer Behandlung abgeschlossenen, aus dem historischen Vorgang selbst erwachsenen Dokumenten gleichgestellt.

So wurde an den Kopf jedes Dokumentes eine in Petitdruck gehaltene Erläuterung gestellt, aus der Art und Umfang des Originaldokumentes, das Datum der Abfassung sowie Name, Beruf und ehemaliger Wohnort des Verfassers in den Vertreibungsgebieten ersichtlich sind. Ein Teil der Verfassernamen mußte jedoch im Hinblick auf besondere persönliche Umstände mancher Berichterstatter verschwiegen werden. Es muß aber ausdrücklich festgestellt werden, daß sämtliche Verfasser der veröffentlichten Dokumente persönlich beglaubigt und ihre vollen Namen bekannt sind.

Der Plan der mit der Publikation betrauten Wissenschaftlichen Kommission sieht eine Reihe von Veröffentlichungen vor, wobei die beiden vorliegenden ersten Bände der Vertreibung des Deutschtums östlich der Oder-Neiße-Linie gelten.

Weitere Bände, die zur Zeit vorbereitet werden, sollen die Austreibung der Sudetendeutschen und des Deutschtums in Südosteuropa behandeln. Größere Quellenzeugnisse, die aus dem Rahmen der Hauptbände durch ihren Umfang herausfallen, sollen in Sonderpublikationen erscheinen.

Als Abschluß ist ein auswertender Ergebnisband vorgesehen, der das Ereignis der Austreibung der ostdeutschen Bevölkerung nach seiner geschichtlichen, völkerrechtlichen und soziologischen Bedeutung untersucht und in den Zusammenhang der europäischen und welthistorischen Entwicklung stellt. Hierbei sollen auch die gesamten Probleme erörtert werden, die durch das Zusammenwohnen der Völker in Ostmitteleuropa in der Vergangenheit aufgeworfen worden sind, und ihre Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft bedacht werden.

Die Herausgeber fühlen sich in ihrem Gewissen nur an das Ethos der wissenschaftlichen Forschung gebunden. Wenn sie darüber hinaus auf einen politischen Grundsatz verpflichtet sind, so ist es der in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen ausgesprochene Verzicht auf Rache und Vergeltung.

Sie wollen mit der von ihnen betreuten Veröffentlichung nicht einem Willen Vorschub leisten, der diesem Verzicht entgegensteht, nicht Empfindungen auslösen, die selbstquälerisch im eigenen Leid wühlen. Dazu sind sie sich viel zu sehr des deutschen Anteils an den Verhängnissen der beiden letzten Jahrzehnte bewußt.

Sie hoffen vielmehr, daß durch, ihre Arbeit die Einsicht gestärkt wird, daß sich Ereignisse wie die Vertreibung nicht wiederholen dürfen, wenn Europa noch eine Zukunft haben soll. Sie hoffen auf eine Neuordnung der Völkerbeziehungen in dem Raume, der zuletzt ein Inferno der Völker geworden war.

Nicht aus einem Vorbeisehen an der jüngsten Vergangenheit, sondern nur aus der verantwortungsbewußten Auseinandersetzung mit ihr kann eine neue moralische Kraft geboren werden, um die Spannungen zwischen den Völkern des östlichen Mitteleuropas, ganz Europas zu überwinden, damit das unsagbare Leid unserer Generation nicht ganz sinnlos bleibt.

VORBEMERKUNG

Das Ziel des hier vorgelegten ersten Teiles des Gesamtwerkes über die Vertreibung ist es, die Massenaustreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in allen ihren Phasen anhand von Aussagen und Berichten der Betroffenen selbst darzustellen.

Die Dokumente und Zeugnisse folgen in ihrer Anordnung dem großen Gang der Ereignisse, sie sollen daher auch nicht einzeln sondern im Zusammenhang gelesen werden.

Wenn damit die Quellenveröffentlichung schon ein gutes Stück Verarbeitung enthält, so lag es nahe, noch einen Schritt weiter zu gehen und den in großer Fülle dargebotenen Stoff, den die

Dokumente enthalten, auch zu einer erzählenden Darstellung zu verwerten. Ein solcher Versuch wird hier gewagt. Durch ihn soll eine Art Wegweiser zu den Dokumenten geschaffen werden; dies soll vor allem dadurch geschehen, daß die zahlreichen in den Berichten behandelten und dort meist in aller Breite und Ausführlichkeit geschilderten Vorkommnisse unter Verzicht auf alles Unwesentliche aus der Enge der jeweiligen persönlichen und lokalen Horizonte der Berichtersteller herausgelöst und zu einem allgemeinen Bild verdichtet werden.

Durch eine große Zahl von Hinweisen (Anmerkungen) ist dabei Sorge getragen worden, daß die enge Beziehung zwischen allgemeiner Darstellung und dokumentarischen Belegen aufrechterhalten bleibt. Diese Anmerkungen stellen zugleich eine erste Aufschlüsselung der in den Berichten enthaltenen großen Menge von Einzelangaben nach ihrer sachlichen Zusammengehörigkeit dar. –

Die einleitende Darstellung soll aber auch insofern ein Wegweiser zur rechten Beurteilung der einzelnen Dokumente sein, als sie vorweg einen Überblick über das Ganze des Vertreibungsprozesses gibt und damit von vornherein aufzeigt, in welchem Zusammenhang die einzelnen Abschnitte und Ereignisse des Vertreibungsvorganges miteinander stehen und worin ihre spezielle Bedeutung für das Gesamtgeschehen der Vertreibung liegt.

Als wichtigstes Ergebnis dieses Versuchs, die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung darzustellen und historisch zu erfassen, muß die Erkenntnis gelten, daß die Vertreibung nicht bloß ein "Bevölkerungstransfer" war und nicht einfach identisch ist mit der Ausweisung, sondern daß sie ein vielgestaltiges Schicksal und ein mehrjähriger Prozeß gewesen ist, zu dem die Flucht vor der Roten Armee und die Ereignisse, Maßnahmen und Zustände der russisch-polnischen Herrschaft in Ostdeutschland nach 1945 ebenso gehören wie die Ausweisungsbefehle und -transporte, durch die der Gesamtvorgang der Vertreibung seinen Abschluß fand.

Mit dem Nachweis dieser Zusammenhänge erfüllt die einleitende Darstellung einen wichtigen Zweck und befriedigt vor allem das Verlangen, die Einzelvorgänge rasch zu überschauen und sie in das Gesamtgeschehen der Vertreibung einzuordnen. Dennoch ist die Einleitung weit davon entfernt, die Lektüre der Berichte überflüssig zu machen oder auch nur deren ganze inhaltliche Fülle ausschöpfen zu können. Die Originalität und größere Ausführlichkeit, aber auch die Unmittelbarkeit, in der das Schicksal der Vertreibung in den veröffentlichten Dokumenten Ausdruck findet, sichert ihnen unbedenklich den Vorrang.

Dies ist um so mehr der Fall, als die darstellende Einleitung nur eine erste noch keineswegs abschließende Konzeption des Vertreibungsverlaufs geben kann, da viele mit der Vertreibung zusammenhängende Ereignisse noch unzureichend geklärt und manche von ihnen vielleicht erst nach langen Forschungsarbeiten, wenn überhaupt, erfaßt werden können.

Da die einleitende Darstellung auf die primäre Aufgabe beschränkt bleibt, ein Führer durch die Dokumente zu sein, können in ihr die allgemeinen weltgeschichtlichen Hintergründe der Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung nur insofern erwähnt werden, als dies für das Verständnis des Ereignisablaufs erforderlich ist.

Unberücksichtigt bleiben muß ferner die allgemein-geschichtliche Einordnung des Phänomens der Vertreibung. Weder ihre viele Jahrhunderte zurückreichenden Voraussetzungen noch ihre ideologische und diplomatische Vorgeschichte können hier schon gebührend gewürdigt werden, da es sich bei dem vorliegenden Werk zunächst nur um einen auf die Oder-Neiße-Gebiete begrenzten Ausschnitt aus dem Gesamtereignis der Vertreibung handelt, das auch anderwärts in Ostmitteleuropa, im Gebiet der Tschechoslowakei, Ungarns, Jugoslawiens und Rumäniens stattfand.

Die Sammlung der Dokumente über die Gebiete östlich der Oder und Neiße stand unter der Leitung von Hans von Spaeth-Meyken, der einen größeren Mitarbeiterkreis dazu heranzog und durch die bereitwillige Mitwirkung zahlreicher Vertriebener aller Landsmannschaften unterstützt wurde.

Die wissenschaftlichen Richtlinien hat die Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation der Vertreibung unter dem Vorsitz von Professor Dr. Theodor Schieder - Köln, bestehend aus Oberarchivrat am Bundesarchiv Dr. Adolf Diestelkamp - Koblenz, Universitätsprofessor Dr. Rudolf Laun - Hamburg, Universitätsprofessor Dr. Peter Rassow - Köln, Universitätsprofessor Dr. Hans Rothfels - Tübingen, ausgearbeitet.

Sie bildete einen wissenschaftlichen Arbeitskreis, dem Dr. Hans Booms, Dr. Martin Broszat, Dr. Gerhard Papke und cand. phil. Heinrich Smikalla angehörten.

Die vorliegenden Bände sind unter der Leitung von Professor Dr. Theodor Schieder aus der Gemeinschaftsarbeit dieses Kreises hervorgegangen, an der alle Mitarbeiter beteiligt waren. Dr. H. Booms hat im besonderen die Fertigstellung des Dokumententeils, Dr. M. Broszat die Arbeiten für die Einleitung betreut.

Die Wissenschaftliche Kommission schuldet für freundliche Beratung und Unterstützung dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden, Amt für Landeskunde in Remagen, dem J. G. Herder-Institut in Marburg, der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropa-Forschung in Göttingen und dem Institut für Zeitgeschichte in München ihren aufrichtigen Dank.<<

Die Flucht der Deutschen vor der Roten Armee 1944/45

Militärische Lage östlich der Oder-Neiße-Linie (1944)

>>Wenn wir auch nicht sicher wissen, wie eine Handlung ausgeht, so müssen wir doch handeln, denn sonst kommt es zu keiner Veränderung. Ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel ist besser, als nichts zu tun.<< (Karl von Clausewitz)

Im Jahre 1944 mußten sich die deutschen Wehrmachtstruppen an fast allen Fronten fluchtartig zurückziehen. Infolge der verlustreichen Abwehr- und Rückzugskämpfe wurde die Kampfkraft des Ostheeres unaufhörlich schwächer, denn die großen Menschen- und Materialverluste konnten schon längst nicht mehr ersetzt werden. Den deutschen Ostarmeen fehlten vor allem Waffen, Munition und Verpflegung. Die Nachschubprobleme wurden täglich bedrohlicher.

Generalfeldmarschall Erich von Manstein ("Heeresgruppe Süd") forderte ab Januar 1944 die Räumung des Dnjeprbogens, drastische Frontverkürzungen und Frontverlagerungen nach Westen. Von Manstein verlangte außerdem, daß man endlich einen "wirklich verantwortlichen Oberbefehlshaber" für die Ostfront einsetzen müßte. Diese Rückzugsforderungen und Änderungen des Oberbefehls lehnte Hitler jedoch kategorisch ab, denn angeblich würde kein anderer seine "überragende Autorität" besitzen.

Hitler blieb bis zur totalen Niederlage ein uneinsichtiger Fanatiker, der seine "strategischen Vorstellungen" ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzte. Hitlers unsinnige "Haltetaktik" und laienhafte Fehleinschätzungen brachten letzten Endes Tod und Verderben über das gesamte Ostheer. Die Führerbefehle verursachten ständig militärische Katastrophen. Wider den Rat seiner erfahrenen Heerführer opferte Hitler leichtfertig komplette Armeen. In Stalingrad (1942/43), Nordafrika (1943), Weißrußland (1944), Rumänien (1944), Ostpolen und im Baltikum (1945) richteten Hitlers Fehler vernichtende Niederlagen an, bei denen der "Führer" mindestens 100 Divisionen in den sicheren Tod hetzen ließ (x076/228).

Im Januar 1944 erreichten sowjetische Truppen bereits die ehemaligen polnischen Grenzen in Wolhynien. Vom 22.06. bis 8.7.1944 wurden in Weißrußland 28 Divisionen der deutschen "Heeresgruppe Mitte" (GFM Busch) fast vollständig zertrümmert. Rd. 350.000 deutsche Soldaten fielen oder galten danach als vermißt (x040/221).

Gegen diese verheerende Katastrophe, die Hitler zweifellos verschuldet hatte, war die verlustreiche Kesselschlacht im weitentfernten Stalingrad geradezu "unbedeutend", denn die Vernichtungsschlacht um Stalingrad hatte 1942/43 "nur" rd. 125.000 Tote und 91.000 Kriegsgefangene gefordert (x040/160, x041/129).

Nach der vernichtenden Niederlage in Weißrußland war die militärische Lage des deutschen Ostheeres vollkommen hoffnungslos. Eine reale Chance, die Rote Armee vor den deutschen Reichsgrenzen aufzuhalten, bestand nicht mehr. Anstatt die Ostfront mit allen Mitteln zu unterstützen und die ostdeutsche Zivilbevölkerung zu evakuieren, ließ Hitler sogar noch mehrere kampfstärke Wehrmachtsverbände an die Westfront verlegen, um die Atlantikinvansion der Westalliierten abzuwehren.

In Süd-Osteuropa mußten die deutschen Truppen Kreta, Griechenland und den Balkan räumen. Ab August bis zum November 1944 besetzte die Rote Armee Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und griff die Slowakei (ab September 1944) sowie Ungarn (ab Oktober 1944) an.

Obleich ab August 1944 unaufhörlich sowjetische Truppentransporte vor der ostpreußischen und polnischen Grenze eintrafen, mußte das deutsche Ostheer im Herbst und Winter 1944 weitere kampferprobte Divisionen für die "Ardennenoffensive" und die Verteidigung Ungarns abtreten.

Für Hitler war der längst verlorene "Ostkrieg" nur noch ein lästiger "Nebenkrieg". Der völlige Zusammenbruch der Wehrmacht und die bedingungslose militärische Kapitulation, die bisher

noch kein deutscher Staat hinnehmen mußte, war Ende 1944 nur noch eine Frage der Zeit.

Evakuierungsmaßnahmen in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas 1944/45

>>Das Schlimmste in allen Dingen ist die Unentschlossenheit.<< (Napoleon I. Bonaparte)

Im Gegensatz zu Ostdeutschland wurden in Rumänien, Jugoslawien und Ungarn ausreichende Evakuierungsmöglichkeiten angeboten. Die überwiegende Mehrheit der Volksdeutschen lehnte es jedoch ab, die Heimatorte zu verlassen, da man sich keiner Schuld bewußt war. Die bürgerliche Bevölkerung vertraute vor allem auf die vermeintliche Sicherheit der heimatlichen Umgebung. Einflußreiche Vertreter der katholischen Kirche sowie rumänische, jugoslawische und ungarische Bürgermeister oder Amtsvorsteher verhinderten ebenfalls die Flucht der Volksdeutschen. Sie warnten nachdrücklich vor der Evakuierung, weil die Lebensverhältnisse im Deutschen Reich sicherlich wesentlich schlechter seien und alle anständigen Volksdeutschen sowieso nichts zu befürchten hätten.

Wenngleich in Süd-Osteuropa einige Bahntransporte vorsätzlich behindert und tagelang zurückgehalten wurden, konnte man die Evakuierung der Volksdeutschen bis zum Oktober 1944 planmäßig abwickeln. Die Evakuierten erreichten ohne größere Gefahren die westlichen Aufnahmgebiete. Es handelte sich überwiegend um aktive Nationalsozialisten, die sich mit ihren Familien in Sicherheit brachten.

Nicht wenige Volksdeutsche entschlossen sich erst unmittelbar vor dem sowjetischen Einmarsch zur Flucht. Als die deutschen Kampftruppen im Herbst 1944 fluchtartig abzogen, begann überall die "große Angst". Jetzt hieß es nur noch: **"RETTE SICH, WER KANN!"**

Obwohl während der ersten sowjetischen Vorstöße im Oktober 1944 bereits grauenvolle Massenverbrechen (z.B. in Nemmersdorf/Ostpreußen) verübt wurden, leiteten die NS-Gau- und Kreisleitungen in Ostdeutschland und Polen keine vorsorglichen Evakuierungsmaßnahmen ein, um die Zivilbevölkerung in Sicherheit zu bringen. Lediglich in besonders gefährdeten Gebieten Ostpreußens ordnete man unzureichende Teilevakuierungen an.

Angesichts der Gewalttaten in Nemmersdorf und der sowjetischen Hetzpropaganda, die jahrelang zu Mord und Totschlag, Plünderung und Zerstörung aufgefordert hatte, waren alle maßgeblichen NS-Führer davon überzeugt, daß die sowjetischen Truppen Stalins Befehle ausführen würden.

Für die Evakuierung der Zivilbevölkerung stand genügend Zeit zur Verfügung, aber das NS-Regime ließ die bedrohten Ostgebiete einfach nicht räumen. Der ostpreußische Gauleiter Koch verbot sogar die Ausarbeitung von Fluchtplänen und Räumungsvorbereitungen oder drohte bei jeder Gelegenheit mit der Todesstrafe. Anstatt die gefährdete Zivilbevölkerung frühzeitig zu evakuieren, plante Gauleiter Koch lediglich die Verlagerung von gewerblichen Gütern, Maschinen, Lebensmittelvorräten sowie den Abtransport der ostpreußischen Viehbestände.

Obgleich Räumungsmaßnahmen behindert oder verboten wurden, existierten in einigen ostdeutschen Reg.-Bezirken vorbildliche Evakuierungspläne. Die Evakuierungen sollten sofort nach Bekanntgabe der Räumungsbefehle beginnen (Räumungsstufe I = Evakuierung der Zivilbevölkerung; Stufe II = Evakuierung der Mitarbeiter von Behörden, Bahn, Post, Polizei und sonstigen "lebenswichtigen Einrichtungen").

Die Stadtbevölkerung wollte man überwiegend mit der Eisenbahn evakuieren, während die Landbevölkerung, unter Mitnahme des Viehs, mit Trecks fliehen sollte. Jeder Landkreis, jede Stadt und jede Gemeinde erhielt spezielle Aufnahmegebiete und genaue Treckanweisungen. Sämtliche Fluchtstraßen und Fluchtwege, Flußübergänge, Verpflegungs- und Futterstellen sowie Nachtquartiere wurden exakt festgelegt. Die Gemeindebürgermeister sollten die Bevöl-

kerung frühzeitig über Trecksammelplätze informieren, Treckführer bestimmen und die Einwohner auf vorhandene Treckfuhrwerke verteilen.

In den Ämtern und Behörden bereitete man u.a. Evakuierungs- und Fahrtenbescheinigungen, Reichsbahn-, Schiffskarten-, Verpflegungs-, Futter-, Quartier- und Treibstoffbezugsscheine vor. Mit diesen Maßnahmen verhinderte die allmächtige NSDAP unerlaubte Fluchtversuche, denn ohne Bescheinigungen und Bezugsscheine bekam man nirgends Fahrkarten, Lebensmittel oder Unterkünfte. Da die besitzlosen Bevölkerungsschichten keine Beziehungen, Fahrzeuge oder Vermögenswerte besaßen, blieben sie zwangsläufig in ihren Wohnorten.

Eigenmächtige "Abwanderungen" bzw. Fluchtversuche wurden außerdem gemäß Kriegssonderstrafrecht (veröffentlicht am 26.08.1939) als Landesverrat, Wehrkraftzersetzung oder Feindbegünstigung eingestuft und mit schwersten Strafen geahndet. Jeder zivile Widerstand, kritische Äußerungen oder eigenmächtige Handlungen waren damals äußerst gefährlich, denn NS-Spitzel gab es fast überall. Die "fliegenden NS-Standgerichte" verurteilten in den letzten Kriegsmonaten ungezählte "Volksschädlinge" und "Landesverräter".

Die NS-Justiz hatte schon am 5.09.1939 "Volksschädlingsverordnungen" erlassen, um die Möglichkeiten der Strafverfolgung und Bestrafung drastisch auszuweiten. Die Zahl der todeswürdigen Delikte erhöhte sich von 3 (im Jahre 1933) auf 46 (1942). Die "Verordnung zur Ergänzung der Kriegssonderstrafrechtsverordnung" vom 5.05.1944 ermöglichte es schließlich, Todesstrafen für alle Straftaten zu verhängen.

In den Jahren 1939 und 1942 wurden z.B. 926 bzw. 3.006 Menschen zum Tode verurteilt und hingerichtet (x090/289). Von 1941-45 verurteilte das NS-Regime ca. 15.000 deutsche "Volksschädlinge" zum Tode (x051/613).

Reichs- und volksdeutsche Bevölkerung in den Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas (in den Grenzen von 1937). Bevölkerungsstand vor der Flucht 1944/45 (ohne zum Kriegsdienst eingezogene Männer):

	Einheimische Bevölkerung	1)	Bomben-evakuierte	Dienstverpflichtete	Stand: Febr./März 1944
Ostbrandenburg	585.000		75.000	-	660.000
Ostpommern	1.761.000		100.000	-	1.861.000
Ostpreußen	2.319.000		200.000	-	2.519.000
Schlesien	4.268.000		450.000	-	4.718.000
Deutsche Ostprovinzen	8.933.000		825.000	-	9.758.000
	Einheimische Bevölkerung	1)	Volksdeutsche Umsiedler	Dienstverpflichtete	Stand: Febr./März 1944
Memelland	129.000		-	5.000	134.000
Danzig	394.000		-	10.000	404.000
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	241.000		65.000	66.000	372.000
Reichsgau Wartheland	230.000		250.000	194.000	674.000
Ostoberschlesien	238.000		38.000	100.000	376.000
Generalgouvernement	80.000		-	100.000	180.000
Polnische Gebiete	1.183.000		353.000	470.000	2.006.000
	Einheimische Bevölkerung	2)	Bombenevakuierte	Dienstverpflichtete	Stand: 1944/1945
Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei	3.000.000		125.000	475.000	3.600.000
	13.245.000		1.303.000	50.000	15.498.000
	Einheimische Bevölkerung	3)	Volksdeutsche Umsiedler	Dienstverpflichtete	Stand: 1944/1945
Estland, Lettland und Litauen	153.000		- 130.000	-	23.000
Jugoslawien	470.000		- 110.000	-	360.000
Rumänien	719.000		- 215.000	-	504.000
Ungarn	543.000		-	-	543.000
Übrige Balkanstaaten	6.000		- 6.000	-	-
Baltikum und Balkan	1.891.000	3)	- 461.000	-	1.430.000
Ost-Mitteleuropa	15.136.000		842.000	950.000	16.928.000
Sowjetunion	1.500.000	3)	- 313.000	-	1.187.000
Insgesamt	16.636.000	4)	529.000	950.000	18.115.000

Quellen: 1) Statistische Berichte des Berliner Reichsamtes; "59. Zuteilung der Lebensmittelversorgung" (x001/5E,7E,8E).

2) "Lebensmittelzuteilungsperiode Januar 1945" (x004/17,18).

3) "Das Parlament" vom 3.09.1977 (x018/24.526). Nach anderen Quellen lebten 1944/45 ca.

1,5-2,0 Millionen (x026/104) bzw. rd. 2,1 Millionen Volksdeutsche in der Sowjetunion (x051/603).

4) Ohne zum Kriegsdienst eingezogene ost- und volksdeutsche Männer = 2.280.000 Soldaten. Die deutschen Ostgebiete und polnischen Gebiete stellten ca. 1.500.000, Sudetenland ca. 500.000, Jugoslawien ca. 80.000, Rumänien ca. 110.000 und in Ungarn rekrutierte man ca. 90.000 Soldaten.

Der "Deutsche Kirchliche Suchdienst" konnte u.a. bis zum 31.12.1980 insgesamt 18.637.957 Deutsche, die damals in den "Vertreibungsgebieten" lebten, namentlich erfassen (x025/74).